

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 90 (2019)
Heft: 4: Fachkräfte : es ist eine Herausforderung, Personal zu finden - und zu halten

Rubrik: Kurznachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kolumne

Kurz- nachrichten

Auf lange Sicht

Die sozialraumorientierte Sozialarbeit braucht ausgebildete Fachkräfte – nicht nur für die Jugendarbeit.

Von Monika Weder

Der Vorstand von Savoirsocial hat sich 2008 gegen die Umsetzung des Rahmenlehrplans «Jugendarbeiter/in auf der Stufe höhere Fachschule» ausgesprochen. Beim geplanten Beruf seien das Profil und das Einsatzgebiet deutlich zu wenig breit definiert; Abschlüsse auf dieser Stufe müssten eher generalistisch ausgerichtet sein, war die damalige Begründung.

Die Enttäuschung der Initiatoren, hier ist vor allem auch der Dachverband der offenen Jugendarbeit Schweiz zu erwähnen, war riesig –, denn es gab einen klar ausgewiesenen Bedarf, es fehlten ausgebildete Fachleute. Zudem war bereits der Vorschlag für einen Rahmenlehrplan ausgearbeitet worden.

Auch Curaviva Schweiz war der Überzeugung, dass es einen Bedarf nach zusätzlichen ausgebildeten Fachpersonen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt, die über entsprechende Kompetenzen verfügen sollten.

Nach weiteren Abklärungen und sehr vielen Gesprächen kamen Curaviva Schweiz und die Deutschschweizerische Diakonatskonferenz zum Schluss, dass ein Projekt für einen breiter gefassten Berufsabschluss notwendig sei. Dieser sollte auch für Organisationen im Bereich Alter, Quartiervereinigungen und für andere soziale Einrichtungen interessant sein und so eine gute Chance für eine breitere Akzeptanz haben.

Im Gegensatz zu heute war damals das Thema Sozialraum bei den Hilfsangebo-

ten für Menschen im Alter und Menschen mit Behinderung noch selten. So lancierten die beiden Organisationen einen zweiten, nun eben erweiterten Anlauf.

Und heute? Der erweiterte Rahmenlehrplan ist seit fünf Jahren in Kraft. Zwei Schulen bilden Gemeindeganimatorinnen und -animatoren HF mit Diplom aus. Curaviva Schweiz freut sich speziell darüber, dass sich bei der Curaviva hfg immer mehr Alters- und Pflegeinstitutionen melden, denen das Thema Sozialraum zusehends wichtiger wird. Was also vor elf Jahren scheinbar als Misserfolg begonnen hat, ermöglichte in einem zweiten Anlauf ein Resultat, das den gegenwärtigen und noch anstehenden Entwicklungen der Branche breit abgestützt Rechnung trägt.

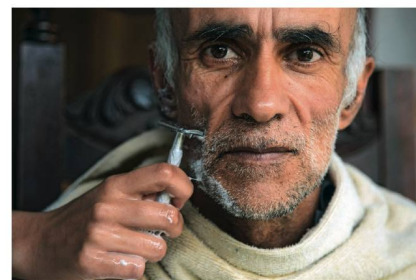


Monika Weder
leitet den
Geschäftsbereich
Bildung bei
Curaviva Schweiz.

Alter

Alzheimer-Forschung: Rückschlag

Erneuter Rückschlag bei der Suche nach einem Medikament gegen Alzheimer: Das US-amerikanische Biotech-Unternehmen Biogen und der japanische Pharmakonzern Eisai haben ihre Testversuche mit dem Wirkstoff Aducanumab, einem Antikörper gegen Amyloid-beta, eingestellt. Sie hatten gehofft, dass der Antikörper den Abbau des Denkvermögens aufhalten kann. Die Studien, an denen mehr als 3200 Menschen mit milder Alzheimer-Demenz beteiligt waren, hätten diese Hoffnung nicht bestätigt, gaben die Unternehmen Ende März bekannt. Eine Vorstudie hatte die Forscher zuversichtlich gestimmt, weil Aducanumab scheinbar wirkte, schritt doch die Krankheit langsamer voran, als wenn den Probanden Placebo verabreicht wurde. Nun mussten die Forscher einsehen, dass es sich beim Hoffnungsschimmer um eine Laune der Natur gehandelt haben dürfte.



Alzheimer-Patient: Hoffnung nicht bestätigt.

Menschen mit Behinderung

Vokabular des Bösen

Verwenden wir im Zusammenhang mit behinderten Menschen noch heute ein Vokabular, das die Nazis geschaffen haben? Der deutsche Historiker Matthias Heine sagt: Ja – zumindest zum Teil. Er hat ein Buch geschrieben, in dem er

Welche technischen Hilfsmittel erleichtern das Leben im Alter?

Turnen mit Roboter Nao

Die Fachhochschule St. Gallen untersucht, welche Geräte das Leben von älteren Personen erleichtern. Die Untersuchung steht im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt «Age-nt. Alter(n) in der Gesellschaft: Nationales Innovationsnetzwerk». Das derzeit grösste Altersprojekt in der Schweiz untersucht, wie ältere Menschen möglichst lange selbstständig leben können. Dafür testen rund 30 Menschen im Alter von 70 bis 90 in ihrem Zuhause Geräte wie Rauchmelder, Bewegungs- und Überschwemmungssensoren. Einige Probanden sind noch rüstig, andere leicht pflegebedürftig. Der vierjährige Versuch geht nun in die zweite Halbzeit. In der nächsten Testphase wird ein Roboter eingesetzt. Er heisst Nao, ist 58 Zentimeter gross und wird mit den Seniorinnen und Senioren Turnübungen machen. Er zeigt ihnen, wie sie Arme und Beine deh-



Roboter Nao: Gymnastik mit Musik.

nen, heben und senken sollen. Nao kann dazu auch Musik spielen lassen. Der Roboter Nao soll in Privathaushalten arbeiten, aber auch in Alters- und Pflegeheimen. In den Heimen werden zudem Oberarmsensoren getestet, die Körpertemperatur, Blutdruck, Puls und Sauerstoffsättigung messen.

zeigt, wie Wörter nach dem Krieg und nach Ende der Nazidiktatur weiterhin verwendet wurden, obwohl sie von den Nationalsozialisten zumeist in euphemistischer Weise dafür gebraucht wurden, ihre Verbrechen an Menschen mit Behinderung sprachlich zu beschönigen. Zwar sind «Rassenschande» oder «Untermensch» in unserer Sprache nicht mehr in Gebrauch. Dass aber ein scheinbar harmloses Wort wie «Betreuung» gleichfalls aus dem Wörterbuch der Nazi-Ideologie kommt, dürfte kaum bekannt sein. Es war – wie Heine schreibt – «ein Hüllwort für den Mord an Behinderten». Ebenso war die «Sonderbehandlung» die sprachliche Beschönigung für die Ermordung «unwerten Lebens» in den Euthanasieprogrammen.

Matthias Heine, «Verbrannte Wörter – Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht», Duden-Verlag, 226 Seiten, 28.90 Fr.

Wunsch nach mehr Autonomie

Die Hochschule Luzern hat im Auftrag des Kantons Zug Menschen mit Behinderung zu ihrer Lebenssituation be-

fragt. Die Resultate fliessen in die Angebotsplanung für soziale Einrichtungen 2020–2022 ein. Zu ihrer aktuellen Situation und den Wünschen in Bezug auf Wohnen, Arbeit und Angebotsentwicklung wurden 251 Personen befragt: Jugendliche ab 15 Jahren und erwachsene Menschen mit Behinderung sowie deren Angehörige. Die Resultate zeigen, dass die meisten der Befragten – unabhängig von der aktuellen Wohnform – zufrieden bis sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation sind. Gleichzeitig wünschen sich allerdings zahlreiche Menschen mit Behinderung, die in einer sozialen Einrichtung oder bei Angehörigen leben, zukünftig möglichst selbstständig zu wohnen. «Für den Kanton Zug ergibt sich aus der Erhebung ein unmittelbarer Handlungsbedarf», sagt Projektleiter Alan Canonica vom Departement Soziale Arbeit der Hochschule Luzern. Es brauche einen Ausbau bei den individuellen Wohnformen mit ambulanter Unterstützung. «Die Menschen möchten selbstständig leben und einen eigenen Hausschlüssel haben.» Laut Alan Canonica hat die Befragung

schweizweit einen Pioniercharakter: «Der Kanton Zug zeigt damit, dass er gewillt ist, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.» Mit der Angebotssplanung für die Periode von 2020 bis 2022 werden konkrete ambulante Unterstützungsangebote für individuelles Wohnen verfolgt und das kantonale Projekt «InBeZug» weitergeführt. Dieses sieht vor, unter dem Motto «Personen statt Pauschalen» die Grundlagen für ein besseres kantonales Finanzierungssystem zu schaffen, das individueller und bedarfsabhängiger ausgestaltet werden soll.

Mehr Berufseingliederungen

Die 26 kantonalen IV-Stellen haben im Jahr 2018 in der Schweiz erneut leicht mehr Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ins Berufsleben eingegliedert. Die Zahl der Arbeitsvermittlungen stieg um 5 Prozent. Schweizweit konnten die IV-Stellen 21156 Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung im Arbeitsmarkt (wieder-)eingliedern. Das waren über 1000 Personen mehr als im Jahr davor. Von den Wiedereingegliederten konnten 11925 Personen ihren Arbeitsplatz behalten, 1710 Personen wechselten in gleichen Betrieb an eine neue Stelle, und 6887 Personen fanden in einem neuen Unternehmen einen Arbeitsplatz. Zudem gelang es 634 Personen mit einer laufenden IV-Rente, dank der Unterstützung der IV in der Arbeitswelt Fuss zu fassen.

Kinder & Jugendliche

Fristverlängerung für Verdingkinder

Die Frist für Entschädigungsforderungen von ehemaligen «Verdingkindern» ist am 31. März 2018 abgelaufen. Bisher hat der Bundesrat sich dagegen ausgesprochen, diese Frist zu verlängern. Nun spricht sich die Expertenkommission für eine Verlängerung aus. Die Opfer administrativer Versorgungen hätten nicht genügend Zeit gehabt, Entschädigungsforderungen zu stellen. Seit Ablauf der Eingabefrist Ende März 2018 sind bislang rund 100 weitere Gesuche beim Bund eingegangen, 9000 gingen fristgerecht ein. Laut Schätzung leben derzeit noch bis zu 25000 Personen, die von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffen waren.